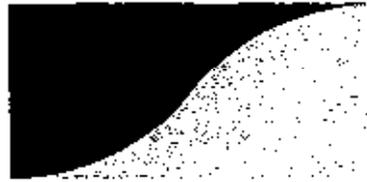


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 85 848 pabr d



Inhalt

Willy Brandt MdB zum Versuch der Koalitionsparteien, die Sicherheitsgesetze im Windhundverfahren durchzusetzen: Dem Parlamentarismus abträglich. Seite 1

Hans Böhler MdB zum Abschluß des Sandermann-Besuchs in Bonn: Positive Zeichen. Seite 4

Dr. Wilhelm Wiegrefe zur Situation beim SFB: Der Aufgabe als Botschafter Berlins gerecht werden. Seite 5

41. Jahrgang / 36

21. Februar 1986

Dem Parlamentarismus abträglich

Zum Versuch der Koalitionsparteien, die Sicherheitsgesetze im Windhundverfahren durchsetzen

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der SPD

Die Fraktion der deutschen Sozialdemokraten im Bundestag hat heute durchgesetzt, daß es nicht zu der in den Regierungsfractionen gewollten Eilbehandlung der Sicherheitsgesetze gekommen ist. Das ursprünglich vorgesehene Verfahren - zweite und dritte Lesung am heutigen Freitag - hat uns empört. Es ist nötig, unsere schweren Bedenken kundzutun und zu Protokoll zu geben.

Ich sage dies als einer, der schon 1949 in den Deutschen Bundestag entsandt wurde. Gerade einem der Älteren kann es nicht gleichgültig sein, wie mit dem Parlament umgesprungen werden sollte; ob in der Gesetzgebung weiterhin beachtet wird und gewahrt bleibt, was ordentlicher und bewährter parlamentarischer Praxis entspricht.

Wir anerkennen die Bemühungen des Bundestagspräsidenten, eine ordnungsgemäße Beratung zu ermöglichen. Gleichwohl muß es einen mit Unruhe und Besorgnis erfüllen, wenn ein Verfahren Platz greift, das unsere gemeinsame Verantwortung schwer zu beeinträchtigen geeignet ist. Und diese Verantwortung besteht, wie es das Grundgesetz sagt, gegenüber dem ganzen Volk.

Was immer Regierung und Opposition trennt: Wir sollten alles unterlassen, was dem Rang und dem Ansehen dieses Parlaments Abbruch zu tun geeignet ist.

Vor diesem Hintergrund beschleicht mich eine große Sorge an dem Zustandekommen dieser Debatte, die durch eine forcierte Abstimmung abgeschlossen werden sollte. Und zwar deshalb, weil von der Mehrheit, die ja gerade auch zur verantwortlichen

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-30, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Handhabung verpflichtet, in einer Weise Gebrauch gemacht werden sollte, die dem Parlamentarismus in unserer Bundesrepublik nicht zuträglich, sondern ausgesprochen abträglich ist. Es ist bedenklich, wenn sich jetzt innerhalb der Regierungsfaktionen neuer Zwist über die Frage einer Absetzung der Beratung entwickelt hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer frühen Entscheidung dem Zusammenspiel von Opposition und Regierung, von Mehrheit und Minderheit einen hohen Rang für die Demokratie beigemessen. Regierung und die für die Regierungsparteien agierenden Kollegen waren in der Gefahr, dem in einer bedrückender Weise nicht Rechnung zu tragen.

Und auf ein weiteres will ich hinweisen. Der Abgeordnete des Deutschen Bundestages ist nach der Definition des Artikels 38 des Grundgesetzes an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen. Ich weiß, daß dies nicht immer leicht durchzuhalten ist; ich weiß, daß es Notwendigkeiten der politischen Gemeinschaften und ihrer Fraktionen gibt, die das Idealbild relativieren. Aber: Die Autonomie des Parlaments, die muß doch jedenfalls gewahrt bleiben.

Was wir hier bei der Behandlung der Kontrollgesetze haben erleben müssen, widerspricht auf eklatante Weise dem, was im Parlamentarischen Rat über das Bild unseres demokratischen Abgeordneten formuliert wurde. Die Regierungsfaktionen haben sich bei der Behandlung dieser Kontrollgesetze von außerhalb des Parlaments erheblich unter Druck setzen lassen. Durch die Parteivorsitzenden der die Regierung tragenden Fraktionen, insoweit also von außerhalb, ist festgelegt worden, daß hier eine Entscheidung ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen sei. Ein solcher Mangel an Eigenständigkeit ist alles andere als sachgerecht. Nicht überzeugend ist vor allem auch das Vorgehen der Regierung. Der Herr Bundeskanzler wäre gut beraten gewesen, taktische Erwägungen hinter grundsätzliche Erfordernisse zurückzustellen.

Dabei brauchen wir nicht darüber zu streiten, daß Entscheidungsbedarf in den hier zur Debatte stehenden Fragen besteht; das Bundesverfassungsgericht hat dies sogar angeordnet. Allerdings: Das, worüber hier nach dem Willen der Regierung und ihrer Parteivorsitzenden beschlossen werden sollte, ist - jedenfalls, was Artikel 4 des Gesetzes über Personalausweise angeht - nicht gründlich beraten worden; der Verzicht auf solide parlamentarische Beratung erfolgte vorsätzlich. Der gestrige eifertige Versuch des Pressesprechers der Regierung, dies zu vertuschen, hat nicht überzeugt.

Ich will dies an Hand der Daten noch einmal darlegen:

Wir haben hier am 25. Oktober 1984 in erster Lesung über das Paket der Kontrollgesetze beraten und den Innenausschuß federführend mit der Weiterberatung beauftragt.

Diese ist ordnungsgemäß aufgenommen worden. Am 19. April 1985 hat sich der Ausschuß darauf verständigt, eine Anhörung durchzuführen, was am 20. Mai 1985 geschehen ist. Das Ergebnis hat der Innenausschuß am 22. Mai 1985 durchgesprochen. So weit, so gut. Dann passierte monatelang nichts.

Am 15. Januar 1986 legten die Koalitionsfraktionen zu den eingebrachten und gemeinsam mit ihnen beratenen Gesetzen wichtige Änderungsvorschläge vor: Zum ersten Mal wurde jene zweifelhafte Bestimmung des Paragraphen 163 d der Strafprozeßordnung, die sogenannte Schleppnetzfangung, eingeführt.



Mit ihrer Mehrheit haben die Kollegen der Regierungsfractionen im Innenausschuß im Windhundverfahren die Beratung am 22. Januar 1986 durchgesetzt, obwohl die Obleute übereingekommen waren, in der fraglichen Sitzungswoche nicht zu beraten. Wieder wurde von außerhalb in den Gang der Beratung eingegriffen.

Nicht nur, daß man unserer Seite eine Beratung im Eiltempo zumutete, es war auch eine Beratung ohne ausreichende Unterlagen. Erst am 28. Januar 1986 legt der Bundesminister des Innern eine umfängliche Begründung für die geänderten Bestimmungen vor. Aber: Nur der Vorsitzende und der Berichterstatter erhalten zunächst diese Unterlagen, so daß bei der Beratung am 29. Januar 1986 die übrigen Mitglieder von Innen- und Rechtsausschuß nicht im Besitz der gesamten Unterlagen sind. Auch dies ist ein unmöglicher, mit der Tradition, der insoweit guten Übung des Deutschen Bundestages nicht zu vereinbarender Vorgang.

Unsere Kollegen haben dann kraft ihres Minderheitenrechts die Anhörung durchgesetzt, die auf den wiederum mit Mehrheit ausgedrückten Willen der Regierungsfractionen in die sitzungsfreie Karnevalswoche gelegt wurde. Auch dies ein bemerkenswerter Vorgang.

Die eigentlich empörende Entwicklung folgt dann noch: In die laufende Sitzung des Innenausschusses am 19. Februar 1986 wird der Text eines noch einmal umformulierten Paragraphen 163 d der Strafprozeßordnung gereicht. Da sollte in einer schwierigen Materie abgestimmt werden, ohne auch nur die Möglichkeit einzuräumen, den neuen Gesetzestext sorgfältig zu prüfen. Wir stehen auf der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich in dieser Situation gewei-gert haben, an der Scheinberatung weiter teilzunehmen. Aber es bleibt schon ein gravierender Vorgang, daß man den wegen seiner Objektivität und Sachlichkeit allgemein anerkannten Vorsitzenden des Innenausschusses dazu gebracht hat, sich diesen nachhaltigen Protest zueigen zu machen.

Zum Inhalt des umstrittenen Artikels 4 sind die schweren Bedenken bekannt, die aus den Reihen der Landesinnenminister und seitens der Gewerkschaft der Polizei geltend gemacht werden.

Der Versuch, uns unter ultimativen Bedingungen eines neuen Zeitdrucks formal entgegenzukommen und damit den Eindruck zu erwecken, die Dinge hätten wieder ihre gute Ordnung gefunden, konnte aus den Gründen, die hier schon dargelegt wurden, nicht zum Erfolg führen. Wenn die Regierungsfractionen unseren ursprünglichen Vorschlag - Vertagung der zweiten und dritten Lesung - angenommen haben, so begrüßen wir dies. Für die Beratung dieser komplizierten Materie stehen uns heute und in der nächsten Woche vier Tage zur Verfügung, so daß sich - wenn sich keine neuen Schwierigkeiten aufbauen - am nächsten Freitag eine Verabschiedung erreichen läßt.

(-/21.2.1986/vo-he/rs)



Positive Zeichen

Eine Bilanz des Sindermann-Besuchs in Bonn

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages

Der Besuch des Präsidenten der Volkskammer, der auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn war, hat ein positives Zeichen für die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen gesetzt. Deutlich ist geworden, daß sich die DDR in der Offensive befindet, während die Bundesregierung immer mehr in die Defensive gerät.

Für die DDR liegt ein besonderer Schwerpunkt dieser Beziehungen bei der Frage der Friedenssicherung. Die Absicht der DDR, über alles Trennende hinweg in dieser Frage gemeinsam Ideen zu entwickeln, Vorschläge zu machen und konstruktive Beiträge zum Ost-West-Dialog zu leisten, wurde von Sindermann sehr nachdrücklich und ernsthaft vorgetragen. Die Bundesregierung macht einen schweren Fehler, wenn sie sich auf solche Gespräche nicht einlassen will.

Auch wenn Sindermann bei manchen Gelegenheiten während des Besuchs den Eindruck erweckte, die DDR habe keine Forderungen vorzutragen, ist offensichtlich, daß für sie die Feststellung der Eibe-Grenze, die Frage der Erfassungsstelle Salzgitter und die Aufnahme von Beziehungen zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag von herausragender Bedeutung sind. Die einvernehmliche Beantwortung dieser Fragen kann für Fortschritte auf den Gebieten, für die sich alle Fraktionen im Bundestag eingesetzt haben, mehr als nur förderlich sein.

Um die Kontakte zwischen der Volkskammer und dem Deutschen Bundestag zu fördern, haben die SPD-Bundestagsfraktion mit Präsident Sindermann weitere Gespräche zwischen Parlamentariern vereinbart. Im Mai werden Gespräche über Umweltschutz aufgenommen, im Juni werden die über Jugendpolitik fortgesetzt. Im Herbst steht die Agrarpolitik und 1987 der Städtebau zusätzlich auf der Tagesordnung.

Die Sozialdemokraten haben in den Gesprächen mit dem Präsidenten der Volkskammer und seiner Delegation die Einreiseverbote für ehemalige DDR-Bürger, die Frage der Städtepartnerschaft, die Frage der Ausweitung des „Kleinen Grenzverkehrs“ auf Hamburg und Hannover, der Familienzusammenführung und andere Möglichkeiten der Linderung von Teilungsfolgen, die Frage der Existenzsicherung der Ostseefischer angesprochen. Die Antwort war stets, daß Weiterentwicklungen möglich seien.

Der Durchbruch, der mit diesem Besuch und den dadurch möglichen Gesprächen Sindermanns, der auch Mitglied des Politbüros der SED und Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden Honecker ist, mit Vertretern der Union und mit dem Bundeskanzler, erreicht wurde, ist ein Ergebnis der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion. Der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik ist dadurch wahrscheinlicher geworden. Jetzt ist es Aufgabe der Bundesregierung, das Notwendige daraus zu machen.

(-/21.2.1986/vo-he/rs)

* * *



Der Aufgabe als Botschafter Berlins gerecht werden

Die Existenzkrise des SFB kann überwunden werden

Von Dr. Wilhelm Wiegreffe
Sprecher der SPD Berlin

Der Sender Freies Berlin befindet sich in einer schweren Existenzkrise. „Unterabteilungen“ dieser Krise sind die derzeitige Führungskrise, die Krise des unabhängigen Journalismus am Sender und – damit verbunden – eine langjährige Motivations-, Kreativitäts- und Produktivitätskrise.

In seiner Rolle „überregionaler Botschafter“ Berlins im Bundesgebiet, in der DDR und im angrenzenden Ausland zu sein, hat der SFB weitgehend versagt. Und das nicht erst heute, unter dem von der CDU protegierten parteilosen Intendanten Lothar Loewe, sondern schon seit Jahren. Regiert heute das Chaos, so galt der SFB vordem als „Sender mit eingeschlafenen Füßen“. Dieser Zustand war und ist unhaltbar für eine Stadt, die wie keine andere auf Außenwirkung und Außenwerbung angewiesen ist.

Dramatisch verschärft wird die Situation durch das drohende Auseinanderbrechen der ARD. Der SFB ist innerhalb des ARD-Finanzausgleichs ein „nehmender Sender“. Seinen derzeitigen desolaten Zustand vorausgesetzt, wäre ein Ende der ARD, das Ende der Selbständigkeit des SFB. Er geriete zur ungeliebten Filiale eines finanzstarken westdeutschen Senders oder Senderverbundes.

Die Existenzkrise des SFB kann überwunden werden, wenn es gelänge, ihn bundesweit zu einem attraktiven Aushängeschild Berlins zu machen. Ein, zugegeben, sehr hoher Anspruch, nichts für kleintmütige Spötter. Aber diese Vision birgt die einzige Rettungschance.

Ein erster unabdingbarer Schritt, diesen Anspruch einzulösen, wäre die rasche Bewältigung der Führungskrise am Sender. Dazu braucht es einen Intendanten, der als Persönlichkeit von einer breiten Mehrheit im Rundfunkrat und der Mitarbeiterschaft des SFB akzeptiert und getragen wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob er Mitglied einer Partei ist oder nicht. Entscheidend ist die Gewähr, daß er sich von nichts anderem leiten läßt als von der Wiederherstellung journalistischer Grundsätze, die im Laufe der Jahre in die Häckselmaschine gruppenpolitischer Auseinandersetzung geraten sind und dabei schweren Schaden genommen haben.

Der neue Intendant bedarf eines Führungsteams (Chefredakteur, Programmdirektor, Verwaltungsdirektor, Mitarbeiterstab), das sich ebenfalls allein journalistischen Kriterien verpflichtet fühlt. Es muß – wie er selbst – das breite Vertrauen sowohl des Rundfunkrates als auch der Mitarbeiterschaft genießen und darf nicht unter den Gesichtspunkten des politischen Proporz, ausgewählt werden. Was allein zählt, ist die Qualifikation.

Die gegenwärtige Partikularisierung des Senders in größere und kleinere politische Herrschaftsbereiche ist nicht allein Ausdruck partei- und gruppenpolitischer Einflußnahme, sondern primär das Ergebnis eines immensen Führungsvakuums, das förmlich danach schreit, mit Zielvorgaben ausgefüllt zu werden. Diese Zielvorgaben zu formulieren, sie in größtmöglicher Übereinstimmung mit der Mehrheit der Mitarbeiter praktisch umzusetzen – nötigenfalls auch gegen den Widerstand gruppenegoistischer Erwägungen – wäre eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Führungsmannschaft im SFB.

Die Herausforderung an eine neue Führung ist groß. Sie hat nicht erst dort anzusetzen, wo, mit der Amtsübernahme des derzeitigen Intendanten das Chaos ausbrach, sondern sie muß auch das aufarbeiten, was dem SFB bereits in früheren Zeiten den Ruf eingetragen hat, „die einzige Bürokratie zu sein, die über einen eigenen Sender verfügt“. Es gilt im Interesse eines lebendigen Journalismus alteingefahrene Gewohnheiten zu verabschieden. Angesichts durchaus sinnvoller arbeitsrechtlicher Bindungen ist dies kein Vorgang, der von heute auf morgen erfolgreich abgeschlossen werden kann. Aber der entstehende Generationswechsel im Sender bietet die Chance, frischen journalistischen Wind in manch muffige „Amtsstube“ der Redaktion zu blasen.

Führung ist Menschenführung. Die Menschen in Redaktion, Technik und Verwaltung des Senders haben einen Anspruch darauf, ernstgenommen zu werden. Führung heißt gerade im sensiblen Bereich journalistischen Arbeitens vor allem Motivierung. Der SFB verfügt in seiner Mitarbeiterschaft über ein beachtliches kreatives Potential, das geweckt und produktiv gemacht werden will. Ein Redakteur, der nach journalistischen Kriterien gearbeitet hat, muß sich der Rückendeckung seiner Vorgesetzten bis hinauf zum Intendanten wieder sicher sein können, wenn er aus dem gesellschaftlichen Raum angegriffen wird. Nur dann kann er die Schere aus seinem Kopf entfernen und in die Schreibtischschublade zurücklegen, wohin sie allein gehört. Und nur dann auch ist er frei für Kreativität und Produktivität.

Die Stadt Berlin ist aufgrund ihrer politisch-geografischen Lage und mit ihrem – im deutschsprachigen Raum unvergleichlichen – Reichtum an kultureller Vielfalt ein Ort der Inspiration. Berlin bietet einzigartige Bedingungen für ein überregional und international attraktives Programm des SFB. Wenn der Sender endlich wieder zu sich selbst fände, würde er seiner Aufgabe als Botschafter Berlins wieder gerecht werden und könnte auch in der Konkurrenz mit den Programmen der privaten Medienriesen bestehen. Und sollte die ARD eines Tages wirklich auseinanderbrechen, stünde es um die Selbständigkeit eines bundesweit renommierten SFB sicherlich nicht schlecht. Nicht er müßte sich dann als Bittsteller um Aufnahme in einen Verbund mit finanzstarken westdeutschen Anstalten bemühen, sondern diese würden sich im Gegenteil darum reißen, mit dem SFB eine Verbindung einzugehen – und das zu Bedingungen, die der SFB diktierte und nicht die anderen.

(-/21.2.1986/rs/fr)

* * *

